Signatur: 2025.SR.0028

Geschäftstyp: Interpellation

Erstunterzeichnende: Barbara Keller, Muriel Graf

Mitunterzeichnende: Lena Allenspach, Johannes Wartenweiler, Nadine Aebischer, Dominique Hodel, Sofia Fisch, Helin Genis, Judith Schenk, Valentina Achermann, Monique Iseli, Nora Krummen, Dominic Nellen, Szabolcs Mihàlyi, Laura Brechbühler, Dominik Fitze, Timur Akçasayar, Shasime Osmani, Fuat Köçer, Lukas Wegmüller, Bernadette Häfliger, Matteo Micieli, David Böhner

Einreichedatum: 30. Januar 2025

Interpellation: Übergangsregelungen bei der Auflösung von Beistandschaften

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie sieht die aktuelle Praxis der Beistandschaftsauflösung in der Stadt aus? Welche Unterschiede bestehen zwischen den verschiedenen Formen der Beistandschaft? Welche konkreten Übergangsregelungen existieren bereits und wie werden diese umgesetzt? Welche Hilfestellen ausserhalb des Erwachsenenschutz gibt es - zum Beispiel Triage-Stellen? Wie überlastet sind diese?
2. Wie gross ist der Bedarf an zusätzlicher Unterstützung und Begleitung für Personen nach der Auflösung ihrer Beistandschaft (insbesondere bei finanziellen und administrativen Beistandschaften)? Welche konkreten Probleme treten auf?
3. Welche Massnahmen wären notwendig, um betroffenen Personen zu helfen, sich in ihren neuen Verantwortlichkeiten zurechtzufinden?
4. Welche Massnahmen könnten auf städtischer Ebene ergriffen werden, um einen geregelten Übergang zu gewährleisten? Könnten Schrittprogramme oder standardisierte Beratungsangebote eingeführt werden?
5. Wäre es sinnvoll, ein Konzept für eine strukturierte Übergangsphase zu entwickeln, das den betroffenen Personen die notwendige Orientierung und Unterstützung bietet?
6. Wie können städtische Richtlinien entwickelt werden, die für alle Beistandschaftsformen gelten und eine einheitliche Vorgehensweise bei der Auflösung garantieren? Welche Rolle spielt hierbei die Zusammenarbeit mit kantonalen und übergeordneten Stellen, wie der KOEKS, und wie könnte diese Zusammenarbeit verbessert werden?
7. In Anbetracht der derzeitigen hohen Belastung der Beistandspersonen im Bereich des EKS, wie kann eine zusätzliche Unterstützung ohne eine Überlastung der Mitarbeitenden gewährleistet werden?

Begründung

Im Zusammenhang mit der Auflösung von Beistandschaften erreichen die Einreichenden zunehmend Berichte von betroffenen Personen, die sich nach dem Ende ihrer Beistandschaft plötzlich in einer überfordernden Situation wiederfinden. Viele dieser Personen, die jahrelang durch ein:e Beiständ:in begleitet wurden, wissen oft nicht, wie sie ihre neuen Verantwortlichkeiten - wie das Bezahlen von Rechnungen, das Ausfüllen von Steuererklärungen oder den Umgang mit anderen administrativen Aufgaben - alleine regeln sollen. Auch Sozialarbeiter:innen berichten, dass dieses Phänomen allgemein bekannt ist und häufig auch bei jungen Erwachsenen auftritt, die mit der Volljährigkeit und dem Ende von Kindesschutzmassnahmen eine ähnliche Herausforderung

erfahren. In vielen Fällen fehlt den betroffenen Personen nach der Auflösung der Beistandschaft eine direkte Ansprechperson, was zu einer grossen Verunsicherung führt. Obwohl die Beistandschaften in vier verschiedenen Formen mit unterschiedlichen Intensitäten angeboten werden, gibt es derzeit keine einheitlichen Richtlinien oder verbindlichen Übergangsprogramme für den Fall einer Beistandschaftsauflösung. Dies führt zu einer uneinheitlichen Praxis. Im Rahmen dieses Postulats fordern die Einreichenden eine Standortanalyse zur derzeitigen Praxis der Beistandschaften und ihrer Auflösung. Ziel ist es, eine einheitliche, strukturierte Übergangsregelung zu entwickeln, die den betroffenen Personen eine klare und planvolle Unterstützung bietet, wenn sie aus der Beistandschaft herausgelöst werden. Dies könnte durch interne Richtlinien oder konkrete Programme geschehen, die den Übergang von der Beistandschaft in die Selbstorganisation der betroffenen Personen erleichtern.